

B E S C H L U S S

B e z i r k s a m t P a n k o w v o n B e r l i n

Beschlussgegenstand:		Bezirkliche Beratung für soziale Gewerbmietverträge schaffen
Beschluss-Nr.:	VIII-1377/2020	Anzahl der Ausfertigungen: 8
Beschluss-T.:	28.04.2020	Verteiler: <ul style="list-style-type: none">- Bezirksbürgermeister- Mitglieder des Bezirksamtes (4x)- Leiter des Rechtsamtes- Leiter des Steuerungsdienstes- Büro des Bezirksbürgermeisters

Das Bezirksamt beschließt:

Die aus der Anlage ersichtliche Vorlage ist der Bezirksverordnetenversammlung zur Kenntnis zu geben.

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

An die
Bezirksverordnetenversammlung

Drucksache-Nr.: VIII – 0979

Vorlage zur Kenntnisnahme für die Bezirksverordnetenversammlung gemäß § 13 BezVG

1. Zwischenbericht

Bezirkliche Beratung für soziale Gewerbemietverträge schaffen

Wir bitten zur Kenntnis zu nehmen:

In Erledigung des in der 29. Sitzung am 22.01.2020 angenommenen Ersuchens der Bezirksverordnetenversammlung – Drucksache – Nr.: VIII – 0979.

„Das Bezirksamt wird ersucht, ein bezirkliches Beratungsangebot zum sozialen Gewerbe für private Immobilieneigentümer*innen und Kaufinteressent*innen im Bezirk zu schaffen. Zielsetzung ist es Immobilieneigentümer*innen dafür zu gewinnen, Gewerberäume zu günstigen Konditionen für soziale Angebote zu vermieten und Kontakte zu Trägern und sozialen Initiativen zu vermitteln.

Das Angebot und die Arbeit sind öffentlich bekanntzumachen.“

wird gemäß §13 Bezirksverwaltungsgesetz berichtet:

Am 27.03.2020 wandte sich das Bezirksamt in oben genannter Angelegenheit an diverse Verbände der Immobilienwirtschaft und an städtische Wohnungsbaugesellschaften. Der Inhalt des Schreibens wird im Folgenden auszugsweise wiedergegeben:

„...das Land Berlin und insbesondere der Bezirk Pankow sind seit einigen Jahren durch ein rasantes soziodemografisches Wachstum geprägt. Die damit einhergehende steigende Flächennachfrage in vielen Bereichen bei gleichzeitiger Flächenverknappung führt vermehrt zu Nutzungskonflikten und in der Folge zu einer zunehmenden Verdrängung verschiedener Nutzungen. Die Raumsituation hat sich insbesondere auch für viele soziale Träger verschlechtert, die aktuell kaum noch geeignete bezahlbare Flächen in Berlin und Pankow finden bzw. Bestandsobjekte oft nicht längerfristig halten können.

Damit sind zahlreiche Angebote und Projekte z.B. in den Bereichen Kinder- und Jugendhilfe, berufliche Integration, Krankenpflege, Behindertenhilfe, Gleichstellung oder Trägerwohnen für Menschen in schwierigen Lebenslagen in ihrer Umsetzung bedroht. Die Angebote gerade der freien Träger haben für den Bezirk eine entscheidende Bedeutung, um die Versorgung mit sozialen Infrastrukturen in erforderlichem Ausmaß sicherzustellen.

Es gibt bereits eine Reihe von Vermietern bzw. Immobilieneigentümern, die in dieser Situation sehr flexibel und kooperativ mit den sozialen Mietern und Nutzungen umgehen und bereit sind, hier gemeinsam Lösungen zu finden. Diese positiven Erfahrungen und Beispiele können den tatsächlichen Bedarf jedoch bei Weitem nicht decken.

Wir möchten uns daher an Sie wenden mit der Bitte Möglichkeiten zu prüfen, wie in dieser Situation Abhilfe geschaffen und ggf. ein unkomplizierter Kontakt zu interessierten Vertretern der Immobilienwirtschaft, die hier unterstützen können, hergestellt werden kann. Denkbar wäre von unserer Seite z.B. eine Listung von Ansprechpartnern und Eigentümern, die einer Vermietung an entsprechende soziale Träger interessiert und offen gegenüberstehen. Gern stehen wir hier auch für andere Vorschläge oder Formen der Zusammenarbeit zur Verfügung...“

Gegenwärtig werden die Rückäußerungen zu diesem Schreiben erwartet.

Haushaltsmäßige Auswirkungen

keine

Gleichstellungs- und gleichbehandlungsrelevante Auswirkungen

keine

Auswirkungen auf die nachhaltige Entwicklung

keine

Kinder- und Familienverträglichkeit

entfällt

Sören Benn
Bezirksbürgermeister

Rona Tietje
Bezirksstadträtin für Jugend, Wirtschaft
und Soziales